

Gesetzentwurf

der CDU-Fraktion und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Enquete-Kommissionen des Landtages Brandenburg

Gesetzentwurf

der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Enquete-Kommissionen des Landtages Brandenburg

A. Problem

Enquete-Kommissionen sind ein bedeutendes Instrument der parlamentarischen Arbeit. In den zurückliegenden Legislaturperioden haben diese beispielsweise eine umfangreiche Vorarbeit für komplexe Reformvorhaben und wertvolle Beiträge zur historischen Aufarbeitung der Landesgeschichte geleistet. Diese Arbeit einer Enquetekommission bedarf einer intensiven Vor- und Nachbereitung durch die Fraktionen. Dieser zusätzliche Aufwand neben dem parlamentarischen „Tagesgeschäft“ hat in der Vergangenheit insbesondere die kleineren Fraktionen vor erhebliche Herausforderungen gestellt.

Überdies beabsichtigen drei fraktionslose Abgeordnete des Landtages Brandenburg, sich zu einer Gruppe zusammenzuschließen. Da sie keine Fraktion bilden, wäre ihnen die Mitarbeit an einer Enquete-Kommission derzeit verwehrt.

B. Lösung

Im Rahmen der laufenden Geschäftsordnungsdebatte soll in die Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg der Status einer Gruppe eingeführt werden. Dadurch sollen die parlamentarischen Teilhaberechte von Gruppierungen, die keine Fraktionsstärke haben, verbessert werden. In diesem Rahmen ist es folgerichtig, den Gruppen auch in einer Enquete-Kommission ein Teilnahmerecht einzuräumen und das Gesetz über die Enquete-Kommissionen des Landtages Brandenburg entsprechend zu ändern.

Außerdem sollen die Fraktionen und Gruppen mit angemessenen Sach- und Personalmitteln ausgestattet werden, damit sie sich an der Arbeit in der Enquete-Kommission wirkungsvoll beteiligen können.

Schließlich soll in diesem Zusammenhang die Wahl der/des Vorsitzenden der Enquete-Kommissionen und der/des Stellvertreters/in an die Systematik der Wahl von Ausschussvorsitzende/n und ihre Stellvertreter/innen in der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg angepasst werden.

C. Rechtsfolgenabschätzung

I. Erforderlichkeit

Die Enquete-Kommission dient der Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit des

Landes Brandenburg fallen. Deshalb soll an ihrer Arbeit bereits eine breite Basis der im Parlament vertretenen Gruppierungen beteiligt werden. Die Berücksichtigung von Gruppen, die nicht den Fraktionsstatus haben, ist daher geboten.

Insbesondere für Mitglieder aus kleinen Fraktionen und Gruppen stellt die Mitgliedschaft in einer Enquete-Kommission eine große Herausforderung dar, weil sie mit weniger Sach- und Personalmitteln ausgestattet sind. Den Mitgliedern der Enquete-Kommission aus dem Landtag muss es ermöglicht werden, durch einen zusätzlichen Referenten sach- und fachkundig unterstützt zu werden.

Die Einführung eines Teilnahmerechts an einer Enquete-Kommission für Gruppen und die Regelung der angemessenen Sach- und Personalmittelausstattung von Mitgliedern der Enquete-Kommission aus dem Landtag ist geeignet, diese Ziele zu erreichen.

Auch ist es in diesem Zusammenhang angezeigt, die Wahl der/des Vorsitzenden der Enquete-Kommissionen und der Stellvertreter/in an die Systematik der Wahl von Ausschussvorsitzenden und deren Stellvertreter/innen in der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg anzupassen, damit eine gerechte Verteilung der Vorsitze möglich ist.

II. Zweckmäßigkeit

Die Gesetzesänderung ist sinnvoll und zweckmäßig.

III. Auswirkungen auf Bürger, Wirtschaft und Verwaltung

Die Gesetzesänderung hat unmittelbar keine Auswirkungen auf Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung. Sofern eine Enquete-Kommission auf Seiten der Fraktionen allerdings beispielsweise einen ähnlichen Arbeitsaufwand erzeugt, wie ein Untersuchungsausschuss (§ 29 Satz 1 Gesetz über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtages Brandenburg), dann wird das Präsidium eine ähnliche Ausstattung zu beschließen haben. Fraktionen dürfte in diesem Fall jeweils eine zusätzliche Personalstelle (A 13) zu bewilligen sein, deren Kosten in den Landeshaushaltsplan einzustellen sind.

D. Zuständigkeiten

Betroffen ist die Zuständigkeit des Landtages Brandenburg.

Gesetzentwurf für ein

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Enquete-Kommissionen des Landtages Brandenburg

Vom ...

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Gesetzes über die Enquete-Kommissionen des Landtages Brandenburg

Das Gesetz über die Enquete-Kommissionen des Landtages Brandenburg vom 8. Juli 1993 (GVBl. I S. 341) wird wie folgt geändert:

1. Dem § 1 Absatz 4 wird folgender Satz angefügt:

„Dies gilt auch für die Kosten einer angemessenen Sach- und Personalausstattung der die Kommissionsmitglieder entsendenden Fraktionen und Gruppen des Landtages.“

2. § 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 Satz 1 werden nach den Wörtern „Fraktionen“ die Wörter „und Gruppen“ eingefügt.
- b) In Absatz 2 Satz 2 werden nach dem Wort „Fraktion“ die Wörter „oder Gruppe“ eingefügt.

3. § 3 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 Satz 1 wird durch folgende Sätze ersetzt:

„Der Vorsitzende oder die Vorsitzende der Enquete-Kommission und dessen Stellvertreter oder deren Stellvertreterin werden entsprechend der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg nach den Vorschriften über die Wahl der Ausschussvorsitzenden und ihrer Stellvertreter oder Stellvertreterinnen bestimmt. Der Landtag wählt den Vorsitzenden oder die Vorsitzende und dessen Stellvertreter oder deren Stellvertreterin.“

- b) Absatz 2 wird aufgehoben.
- c) Die Absätze 3 und 4 werden die Absätze 2 und 3.

Artikel 2

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Potsdam, den [Datum der Ausfertigung]

Die Präsidentin des Landtages Brandenburg

Britta Stark

Begründung

A. Allgemeiner Teil

Das Ziel dieses Änderungsgesetzes ist es, das Teilnahmerecht an einer Enquete-Kommission auch für Gruppen im Gesetz über die Enquete-Kommissionen des Landtages Brandenburg zu verankern und die Arbeitsfähigkeit der parlamentarischen Mitglieder insbesondere aus den kleinen Fraktionen und Gruppen in einer Enquete-Kommissionen zu verbessern.

Dadurch werden eine breite Vertretung der verschiedenen parlamentarischen Gruppierungen und die sach- und fachkompetente Arbeitsfähigkeit der parlamentarischen Kommissionsmitglieder bei der Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe gewährleistet. So wurde beispielsweise durch die Enquete-Kommission "Kommunal- und Landesverwaltung - bürger-nah, effektiv und zukunftsfest - Brandenburg 2020" ein Verwaltungsreformprozess in der 5. Legislaturperiode vorbereitet, der sich in dieser 6. Legislaturperiode vollziehen wird.

B. Besonderer Teil

Zu Nr. 1: § 1 Absatz 4

Diese Vorschrift nach § 1 Absatz 4 Satz 1 stellt klar, dass neben den Kosten der finanziellen und personellen Ausstattung der Enquete-Kommission auch die Kosten für die Sach- und Personalausstattung der die Kommissionsmitglieder entsendenden Fraktionen und Gruppen des Landtages zu tragen sind. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die Fraktionen und Gruppen durch die Beschäftigung sachverständigen Personals den Kommissionsmitgliedern ermöglichen, ihren Beitrag zur Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe, die im öffentlichen Interesse stehen, zu leisten.

Zu Nr. 2: § 2 Absatz 2

Durch die Änderungen in § 2 Absatz 2 Satz 1 und 2 wird parlamentarischen Gruppen, die keinen Fraktionsstatus haben, ein Teilnahmerecht an der Enquete-Kommission eingeräumt.

Zu Nr. 3: § 3

§ 3 Absatz 1 Satz 1 wird durch einen Verweis auf die Vorschriften der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg über die Wahl der Ausschussvorsitzende/n und ihrer Stellvertreter/innen ersetzt. Dies ist sinnvoll, denn gegenwärtig wird im Hauptausschuss die Debatte über die Geschäftsordnung geführt, in der auch die Vorschrift des § 74 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg über die Wahl der Ausschussvorsitzende/n und ihrer Stellvertreter/innen angepasst werden soll. Der Entwurf legt zu Grunde, dass künftig die Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg ein Verfahren vorgeben wird, aus dem sich eine eindeutige Zugriffsreihenfolge auf die alle Ausschussvorsitze ergeben wird. Es könnten so dann die Fachausschüsse, die Sonderausschüsse, die Enquetekommissionen

nen und die Untersuchungsausschüsse eine einzige Reihe bilden. Dadurch bedarf es auch nicht mehr des Absatzes 2, der aufgehoben wird. Die Absätze 3 und 4 werden folglich die Absätze 2 und 3.

Ingo Senftleben
für die CDU-Fraktion

Axel Vogel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN